

Verfahrensbrief Nr. 1

***“Offshore-Ingenieurleistungen
für die AquaDuctus Pipeline GmbH”***

Vergabenummer: 2025-024

Stand: 24.06.2026



AquaDuctus

Inhaltsverzeichnis

Anlagenverzeichnis (Vergabeunterlagen)	3
1. Einleitung	5
2. Ausgangslage und Beschreibung des Vorhabens	5
3. Auftraggeber und Vergabestelle	6
4. Sprache	6
5. Verfahrensart	7
6. Zeitplan	7
6.1 Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb	8
6.2 Angebotsphase I (Erstangebote)	9
6.3 Verhandlungsphase	9
6.4 Angebotsphase II (finale Angebote/BAFO) und Vergabeentscheidung	10
7. Kommunikation (DTVP)	11
7.1 Kommunikationsform und Auskünfte	11
7.2 Datenverarbeitung	11
8. Bereitstellung der Vergabeunterlagen	11
9. Einreichung der Teilnahmeanträge	12
10. Einzureichende Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb	13
11. Bewerbergemeinschaft	13
12. Einsatz von Nachunternehmern (nicht eignungsleihend)	14
13. Eignungsleihe	14
14. Eignung	15
14.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	16
14.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	16
14.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	16
15. Zuschlagskriterien	20
16. Geheimhaltung	20
17. Rügeobliegenheiten	21
18. Nachprüfung	22
19. Ergänzende Bestimmung	22
19.1 Nachforderung	22
19.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	22
19.3 Nebenangebote	23
19.4 Entschädigung	23
19.5 Aufhebung des Verfahrens	23
19.6 Einverständnis des Bewerbers	23
19.7 Rücknahme von Teilnahmeanträgen	23
19.8 Wettbewerbsregisterauszug	23

Anlagenverzeichnis (Vergabeunterlagen)

Verfahrensbezogene Vergabeunterlagen:

Verfahrensbrief Nr. 1

Anlage A.1	Vordrucke und Nachweise (Eignung)
Anlage A.2	Wertungsmatrix (Eignung)
Anlage A.3	Wertungsmatrix (Angebote) <i>(erst in Angebotsphase I und II relevant)</i>
Anlage A.4	Vertraulichkeitserklärung
Anlage A.5	Hinweise zum Datenschutz
Anlage A.6	Angebotsschreiben <i>(erst in Angebotsphase I und II relevant)</i>

Leistungsbezogene Vergabeunterlagen:

Anlage B.1	General Project Description (OES) <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.2	Scope of Service (OES) <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.3	Preisblatt <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.4	Lebenslaufformular <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.5	Rahmenvertrag Offshore-Ingenieurleistungen <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.5.1	Vertragsanlage 3 - Allgemeine Einkaufsbedingungen <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.5.2	Vertragsanlage 4 – HSE-Richtlinie Kontraktoren <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.5.3	Vertragsanlage 5 - GASCADE Verhaltenskodex Lieferanten <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.5.4	Vertragsanlage 7 - Vereinbarung zum Informationsschutz <i>(wird erst nach Unterzeichnung der</i>

	<i>Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.5.5	Vertragsanlage 8 - Vereinbarung zur Informationssicherheit <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.5.6	Vertragsanlage 9 - Personalaufstellung <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.5.7	Vertragsanlage 10 - Subkontraktorenliste <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.6	AquaDuctus Verpflichtungserklärung DSGVO
Anlage B.7	Liste der verhandelbaren Ziffern <i>(wird erst nach Unterzeichnung der Vertraulichkeitserklärung (Anlage A.4) zur Verfügung gestellt)</i>
Anlage B.8	Eigenerklärungen zur Einhaltung des Tariftreueversprechens <i>(erst in Angebotsphase I und II relevant)</i>

1. Einleitung

Die vorliegende Unterlage stellt den vorgesehenen Ablauf sowie die generellen Regeln und Formalitäten des Verfahrens vor.

Zur besseren Lesbarkeit werden in dieser Unterlage und den weiteren Vergabeunterlagen personenbezogene Bezeichnungen, die sich zugleich auf Frauen, Männer und Diverse beziehen, generell nur in der im Deutschen üblichen männlichen Form angeführt, also z.B. "Mitarbeiter". Dies soll jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.

2. Ausgangslage und Beschreibung des Vorhabens

Um den zukünftigen Energiebedarf Europas zu decken, sind erhebliche Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur unerlässlich. Ein Kernelement dieser Initiative ist der Aufbau eines paneuropäischen Wasserstoff-Pipelinenetzes in der Nordsee, das die wichtigsten Wasserstoffproduzenten mit den wichtigsten Verbrauchern auf dem gesamten Kontinent verbinden soll.

Der Auftraggeber führt die Entwicklung von „AquaDuctus“ der AquaDuctus Pipeline GmbH, einem Wasserstoffpipeline-Projekt mit einer Transportkapazität von 20 GW_{H2}, durch. Das Projekt AquaDuctus besteht aus einem Offshore-Teil in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Nordsee einschließlich eines Empfangsterminals auf dem Festland.

Das Projekt AquaDuctus umfasst die Planung, den Bau und die Inbetriebnahme des „AquaDuctus-Projektabschnitts 1 (Offshore)“ einschließlich einer Offshore Plattform innerhalb der AWZ im Bereich SEN-1 (alternativ eine Unterwasserinfrastruktur), eine Küstenüberquerung und einen kurzen „Onshore-Abschnitt“ zum Empfangsterminal, der den Molchschleusenbereich umfasst. Zusätzlich zu Abschnitt 1 gibt es eine mögliche Erbringung von Dienstleistungen von „AquaDuctus Projektabschnitt 2 (Offshore)“, der die Sammelinfrastruktur am Ende der deutschen AWZ, die Offshore-Pipeline und alle zusätzlichen Ausrüstungen umfassen würde, die für den Anschluss an Abschnitt 1 im SEN-1-Gebiet erforderlich sind.

Vor diesem Hintergrund sollen mit diesem Vergabeverfahren Offshore-Ingenieurleistungen beauftragt werden. Die Leistungen umfassen beispielsweise die Überprüfung und Bewertung der vom Auftraggeber beauftragten Kontraktoren (EPC-I oder Planungsfirmen) erstellten Dokumente und diverse weitere Offshore-Beratungsleistungen und die Beratung und Bewertung von projektspezifischen Fragestellungen zum AquaDuctus-Projekt.

Es soll ein Rahmenvertrag geschlossen werden. Die im Bedarfsfall erforderlichen Leistungen werden durch Einzelbeauftragungen (Abrufbestellungen) beauftragt. In diesen werden dann der konkrete Arbeitsumfang und der jeweilige Fertigstellungstermin festgelegt.

Dieser Rahmenvertrag beinhaltet eine Option: Es soll zunächst der Projektabschnitt 1 („AquaDuctus Section 1“) beauftragt werden. Der Projektabschnitt 2 (Offshore) („AquaDuctus Section 2 Offshore“) ist im Rahmenvertrag als optionale Beschaffungsposition enthalten.

Dieses Verfahren unterliegt dem Bundestariftreuegesetz (BTTG) vom 30.04.2026 (BGBl. 2026 I Nr. 119). Bewerber werden darauf hingewiesen, dass die Ausführung dieses Auftrags an die Verpflichtung geknüpft ist, den eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens die tariflichen Arbeitsbedingungen zu gewähren, die in einer gemäß § 5 BTTG für die ausgeführten Tätigkeiten einschlägigen Rechtsverordnung festgesetzt sind. Mit Angebotsabgabe ist eine entsprechende Erklärung (**Anlage B.8** (Eigenerklärungen zur Einhaltung des Tariftreueversprechens)) abzugeben. Diese Verpflichtung wird verbindliche Ausführungsbedingung des Vertrages.

3. Auftraggeber und Vergabestelle

Auftraggeber und Vergabestelle ist die

AquaDuctus Pipeline GmbH
Kölnische Straße 108-112
34119 Kassel
Deutschland

Internet: <https://www.aquaductus-offshore.de>

Im Rahmen dieser Beschaffung handelt die GASCADE Gastransport GmbH als Dienstleister für die AquaDuctus Pipeline GmbH

GASCADE Gastransport GmbH
Kölnische Straße 108-112
34119 Kassel
Deutschland

Internet: <https://www.gascade.de>
E-Mail: vergabe@gascade.de

Vertragspartner, des durch das hiesige Vergabeverfahren zu ermittelnden Auftragnehmers, ist jedoch ausschließlich die AquaDuctus Pipeline GmbH. Alle rechtlich relevanten Handlungen oder Unterlassungen des Personals der GASCADE Gastransport GmbH im Zusammenhang mit dieser Beschaffung werden ausschließlich der AquaDuctus Pipeline GmbH zugerechnet. Das Personal der GASCADE Gastransport GmbH handelt ausschließlich als Vertreter der AquaDuctus Pipeline GmbH.

4. Sprache

Die Verfahrenssprache des Vergabeverfahrens ist Deutsch.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass leistungsbezogene Vergabeunterlagen teilweise in englischer Sprache bereitgestellt werden (**Anlage B.1** (General Project Description (OES)) und **Anlage B.2** (Scope of Service (OES))).

Es ist zudem zulässig, dass Teilnahmeanträge und Angebote auch in englischer Sprache verfasst und eingereicht werden.

Zur Projektsprache nach Zuschlagserteilung wird auf die **Anlage B.2** (Scope of Services (OES)) verwiesen.

5. Verfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß §§ 119 Abs. 5, 141 Abs. 1 GWB, § 15 Abs. 1 SektVO durchgeführt.

6. Zeitplan

Das Verhandlungsverfahren ist ein Verfahren, bei dem sich der Auftraggeber mit oder ohne Teilnahmewettbewerb an ausgewählte Unternehmen wendet, um mit einem oder mehreren dieser Unternehmen über die Angebote zu verhandeln (§ 119 Abs. 5 GWB).

Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gliedert sich in vier Phasen:

- Phase 1: Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb
- Phase 2: Angebotsphase I (Erstangebote)
- Phase 3: Verhandlungsphase
- Phase 4: Angebotsphase II (finale Angebote/BAFO) und Vergabeentscheidung

Der dargestellte Ablauf und die nachfolgend genannten Termine geben lediglich den derzeitigen Planungsstand wieder. Sie sind – mit Ausnahme der Fristen zur Einreichung von Fragen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs und des Teilnahmeantrags selbst – nicht verbindlich und können von der Vergabestelle jederzeit geändert werden. Insbesondere behält sich die Vergabestelle vor, weitere Verhandlungsrunden durchzuführen.

Der aktuelle Zeitplan gestaltet sich wie folgt:

Zeitraum	Vorgang
24.06.2026	Bekanntgabe des Verfahrens auf DTVP und Absendung der europaweiten Auftragsbekanntmachung
17.07.2026	Frist zur Fragestellung (Teilnahmewettbewerb)
27.07.2026	Bereitstellung eines finalen Fragen-Antworten-Katalogs (Teilnahmewettbewerb)
04.08.2026, 12:00 (CET)	Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge
Vor. 18.08.2026	Benachrichtigung der Bewerber über den Ausgang des Teilnahmewettbewerbs/Versendung der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes an die geeigneten Bewerber
Vor. 18.09.2026, 12:00 (CET)	Abgabe der Erstangebote (Angebotsphase I)
Vor. Ende Oktober 2026	Verhandlungstermine mit den Bietern
Vor. November 2026	Angebotsphase II
Dezember 2026	Auswahl des Bestbieters, Zuschlagsentscheidung, Versand des Vorabinformationsschreibens gemäß § 134 GWB
Januar 2027	Ggf. Zuschlagserteilung/Vertragsschluss
26.02.2027	Bindefrist Angebotsphase II

6.1 Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb

Das Verfahren beginnt mit der öffentlichen Auftragsbekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union und der Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen. In der Auftragsbekanntmachung wird über einen Link auf das Vergabeportal „DTVP“ verwiesen.

Die verfahrensbezogenen Vergabeunterlagen (**Anlage A.**) und die leistungsbezogenen **Anlagen B.6** (AquaDuctus Verpflichtungserklärung DSGVO) und **B.8** (Eigenerklärungen zur Einhaltung des Tariftreueversprechens) sind auf dem Vergabeportal veröffentlicht.

Eine Ausnahme gilt für die **Anlagen B.1 bis B.5** und **Anlage B.7** (siehe Anlagenverzeichnis). Diese sind Bestandteil der Vergabeunterlagen und enthalten besonders vertrauliche und sensible Informationen. Daher bittet die Vergabestelle die Bewerber, eine Vertraulichkeitserklärung (**Anlage A.4**) einzureichen (siehe § 5 Abs. 3 Satz 2 SektVO). Diese kann über die Nachrichtenfunktion von DTVP übermittelt werden. Nach Eingang der Vertraulichkeitserklärung werden dem Bewerber die

besonders vertraulichen Vergabeunterlagen zeitnah über die Nachrichtenfunktion von DTVP zur Verfügung gestellt werden.

Auf Grundlage der Vergabeunterlagen (**Anlagen A. und B.**) erarbeiten die Bewerber bzw. Bewerber-/Bietergemeinschaften einen Teilnahmeantrag.

Am **04.08.2026, 12:00 Uhr (CET)**, endet die Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge. Anschließend werden die Teilnahmeanträge geöffnet und geprüft. Auf Grundlage der von den Bewerbern eingereichten Erklärungen und Nachweise werden unter den Bewerbern diejenigen ausgewählt, die die veröffentlichten Eignungskriterien erfüllen.

Grundlage der Eignungsprüfung sind die in der Auftragsbekanntmachung und diesem Verfahrensbrief unter Ziffer 14 genannten Bedingungen.

Es werden maximal **vier (4)** geeignete Bewerber zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert werden, soweit eine ausreichende Anzahl an Teilnahmeanträgen geeigneter Bewerber eingereicht wurde. Diese **vier (4)** Bewerber werden anhand der in **Anlage A.2** (Wertungsmatrix (Eignung)) beschriebenen Auswahlkriterien ermittelt. Die übrigen Bewerber werden für das weitere Vergabeverfahren nicht mehr berücksichtigt und zeitnah informiert.

Erfüllen mehr als **vier (4)** Bewerber gleichermaßen die Anforderungen an die Eignung und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den veröffentlichten Auswahlkriterien aufgrund Punktgleichheit zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.

6.2 Angebotsphase I (Erstangebote)

Die Vergabeunterlagen werden mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes gegebenenfalls weiter konkretisiert und aktualisiert. Mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes erhalten die Bieter ggf. weitere Vergabeunterlagen und einen Verfahrensbrief Nr. 2.

Den Bietern wird mit den Vergabeunterlagen eine Datei zur Verfügung gestellt, die die Klauseln auflistet, die im Rahmen der Verhandlungsphase verhandelbar sind (**Anlage B.7** (Liste der verhandelbaren Ziffern)). Alle übrigen Anforderungen in den leistungsbezogenen Anlagen (**Anlagen B.**) sind als **vergaberechtliche Mindestanforderungen** zu verstehen.

Die Bieter haben, in Vorbereitung auf die Verhandlungsphase, insbesondere die ausgefüllte **Anlage B.7** (Liste der verhandelbaren Ziffern) einzureichen. In dieser Datei können die Bieter Kommentare oder Änderungen am Originalvertragstext in der vorgenannten Datei als sichtbare Mark-ups im reinkopierten Originalvertragstext eintragen.

Nach Ablauf der Frist für den Eingang der Erstangebote werden die fristgemäß eingegangenen Erstangebote geprüft und gewertet.

6.3 Verhandlungsphase

Der Auftraggeber wird die Bieter, die ein wertungsfähiges Erstangebot abgegeben haben, zu einem Verhandlungsgespräch einladen.

In diesem muss jeder Bieter sein Angebot und die Projektorganisationsstruktur in einer persönlichen Präsentation in Kassel vorstellen.

Die Inhalte der Angebote werden vertraulich behandelt, und die Verhandlungen werden separat mit den jeweiligen Bietenden geführt.

Die Verhandlungen fokussieren sich ausschließlich auf die **Anlage B.7** enthaltenen Ziffern (Liste der verhandelbaren Ziffern).

Die Verhandlungen sollen **Ende Oktober 2026** stattfinden. Die Verhandlungen finden wahlweise in den Geschäftsräumen der GASCADE Gastransport GmbH in der Kölnischen Straße 108–112, 34119 Kassel, Deutschland, oder virtuell über Microsoft Teams statt.

Die genaue Terminierung der Verhandlungen erfolgt durch individuelle Einladungen. Der Bieter muss die Vergabestelle nach Erhalt der Einladung umgehend informieren, welche Personen von seiner Seite an dem Termin teilnehmen werden.

6.4 Angebotsphase II (finale Angebote/BAFO) und Vergabeentscheidung

Der Auftraggeber wird den Abschluss der Verhandlungsphase erklären und die Bieter auf der Grundlage der Verhandlungsergebnisse und der ggf. überarbeiteten Vergabeunterlagen unter Festlegung einer einheitlichen Frist zur Einreichung finaler Angebote auffordern.

Mit der Aufforderung zur Einreichung der finalen Angebote, erhalten die Bieter insbesondere einen standardisierten, auf Grundlage der Verhandlungsphase verhandelten Vertrag (**Anlage B.5** (Rahmenvertrag Offshore-Ingenieurleistungen)), sodass alle Angebote vergleichbar sind.

Die eingegangenen finalen Angebote werden auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft. Im Rahmen einer Aufklärungsrunde werden – soweit erforderlich – missverständliche oder ungenaue Angaben in den Angeboten aufgeklärt. Anschließend werden die Angebote anhand der bekanntgegebenen Zuschlagskriterien (**Anlage A.3** (Wertungsmatrix (Angebote))) bewertet und das wirtschaftlichste Angebot ermittelt. Das wirtschaftlichste Angebot erhält den Zuschlag.

Die Bieter sind nach der Einreichung ihrer finalen Angebote an ihre Angebote und deren Inhalte bis einschließlich zum **28.02.2027** (Bindefrist) gebunden. Bis zum Ablauf der Bindefrist können die Angebote nicht zurückgezogen und auch inhaltlich nicht geändert werden. Für den Fall, dass aufgrund von Verzögerungen ein Zuschlag bis zum Ablauf der Bindefrist nicht wirksam erfolgen kann, behält sich der Auftraggeber vor, die Bieter zu einer Verlängerung der Bindefrist aufzufordern.

Die Bieter, die auf Grundlage der veröffentlichten Zuschlagskriterien keinen Erfolg hatten, werden gemäß § 134 Abs. 1 GWB in Textform auf elektronischem Weg vorab informiert.

Sollte ein Zuschlag nicht in Betracht kommen oder das Vergabeverfahren aus sonstigen Gründen aufgehoben werden müssen, werden die Bieter in Textform auf elektronischem Weg informiert.

7. Kommunikation (DTVP)

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Bewerbern erfolgt über den gesamten Verfahrenszeitraum über die Vergabeplattform DTVP.

7.1 Kommunikationsform und Auskünfte

Weitere Informationen zu diesem Vergabeverfahren, Änderungen an den Vergabeunterlagen, die Beantwortung von Bewerberfragen oder sonstige verfahrensrelevante Informationen werden auf DTVP bereitgestellt.

Alle Fragen sind über DTVP zu stellen. Zu den Fristen wird auf Ziffer 6 verwiesen.

Jede sonstige Kontaktaufnahme zur Vergabestelle bzw. zu Mitarbeitern des Auftraggebers ist unerwünscht und kann nach pflichtgemäßem Ermessen der Vergabestelle zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen (Grundsatz der Verfahrensintegrität). Mündliche oder telefonische Rückfragen werden nicht beantwortet.

7.2 Datenverarbeitung

Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens werden von im Verfahren tätigen natürlichen Personen personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet. Dies betrifft u.a. die Namen, Adressangaben sowie Angaben zur beruflichen Tätigkeit und beruflichen Qualifikation.

Die personenbezogenen Daten dürfen von dem Auftraggeber an die Ernst & Young Law GmbH Rechtsanwaltsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft und die EY Consulting GmbH für die genannten Zwecke des Vergabeverfahrens übermittelt und von diesen verarbeitet werden.

Die vorstehenden Beratungsgesellschaften werden die personenbezogenen Daten ausschließlich für die Zwecke des Vergabeverfahrens nutzen und verarbeiten. Sie sind vertraglich und/oder durch Gesetz zur Verschwiegenheit verpflichtet.

8. Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Mit Ausnahme der Anlagen, die besonders vertrauliche und sensible Informationen enthalten und nur gegen Einreichung einer Vertraulichkeitsvereinbarung bereitgestellt werden (siehe Ziffer 6.1), können die Vergabeunterlagen gemäß § 41 Abs. 1 SektVO unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt auf DTVP abgerufen werden.

Das Abrufen der Vergabeunterlagen auf DTVP ist ohne vorherige Registrierung möglich, die aktive Teilnahme am Vergabeverfahren, insbesondere die Kommunikation mit der Vergabestelle und die elektronische Abgabe eines Teilnahmeantrags durch den Bewerber bzw. Angebotes durch den Bieter setzt eine Registrierung hingegen zwingend voraus.

Bei Fragen zur Nutzung des Vergabeportals DTVP, insbesondere bei Fragen zur technischen Abwicklung, hat sich der Bewerber an den Betreiber des Vergabeportals zu wenden:

E-Mail: support@cosinex.de

Tel.: +49 0900 243 837 (kostenpflichtig)

Die Servicezeiten der Hotline sind Montag bis Freitag jeweils von 07:00 bis 17:00 Uhr.

Eine ausbleibende Registrierung und/oder eine fehlende Kenntnisnahme von durch den Auftraggeber auf DTVP bereitgestellten Informationen zu diesem Vergabeverfahren, Änderungen an den Vergabeunterlagen, Beantwortung von Bewerber-/Bieterfragen oder sonstigen verfahrensrelevanten Informationen gehen zu Lasten des jeweiligen Bewerbers/Bieters.

9. Einreichung der Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge sind bis spätestens am

04.08.2026, 12:00 Uhr (CET)

elektronisch einzureichen. Die Einreichung der Teilnahmeanträge kann mit einer webbasierten Abgabe direkt im Browser oder über eine lokale Installation, dem „Bietertool“ des DTVP erfolgen. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, die sich über eine Webstart-Technologie automatisch installiert, sofern der Prozess der Abgabe eines elektronischen Teilnahmeantrags/Angebots aus dem virtuellen Projektraum des entsprechenden Vergabeverfahrens heraus gestartet wurde.

Bei der Abgabe der Teilnahmeanträge ist die Größenbeschränkung für die maximal zulässige Dateigröße zu beachten. Die Größe des abzugebenden elektronischen Teilnahmeantrages ist auf 500 MB beschränkt.

Bitte beachten Sie, dass der Auftraggeber keine Abgabe von Teilnahmeanträgen auf dem Postweg, per E-Mail oder per Telefax zulässt. Etwaige postalisch, per E-Mail oder per Telefax eingereichte Teilnahmeanträge werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist nicht notwendig.

Die Teilnahmeanträge sind in Textform nach § 126b BGB abzugeben. Im Unterschied zur Schriftform bedarf es keiner eigenhändigen Unterschrift, jedoch müssen der Unternehmensname und der Name der vertretungsberechtigten natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, erkennbar sein. Die Angabe gilt für den gesamten Teilnahmeantrag und ist rechtsverbindlich. Mit dem vollständigen Hochladen des formgerechten Teilnahmeantrags gelten alle weiteren eingereichten Unterlagen als vom Bewerber rechtswirksam abgegeben. Bei Teilnahmeanträgen von Bewerbungsgemeinschaften muss der Teilnahmeantrag von dem bevollmächtigten Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft in Textform nach § 126b BGB eingereicht und hochgeladen werden.

Ggf. erforderliche Erklärungen Dritter sind durch den Dritten eigenhändig zu unterschreiben und durch den Bewerber beizufügen. Dritte im vorstehenden Sinne sind Mitgliedsunternehmen einer Bewerbungsgemeinschaft, Nachunternehmer und eignungsverleihende Unternehmen.

10. Einzureichende Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb

Mit dem Teilnahmeantrag sind die folgenden Unterlagen auszufüllen und mit den dort genannten Nachweisen einzureichen:

- Ausgefüllte **Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)) inkl. der dort genannten Nachweise.

Es wird darauf hingewiesen, dass insbesondere Teilnahmeanträge, die nicht alle Mindestanforderungen erfüllen oder Änderungen an den Vergabeunterlagen enthalten, ausgeschlossen werden.

In diesem Verfahrensschritt ist kein Angebot einzureichen, sondern nur ein Teilnahmeantrag. Die bereitgestellten angebotsbezogenen Dokumente dienen lediglich der Erfüllung der gesetzlichen Anforderung gemäß § 41 Abs. 1 SektVO.

11. Bewerbergemeinschaft

Bewerbergemeinschaften können in diesem Vergabeverfahren einen Teilnahmeantrag abgeben, wenn deren Bildung keinen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht begründet.

Bewerbergemeinschaften werden nach § 43 Abs. 2 Satz 1 SektVO wie Einzelbewerber behandelt.

Jede Bewerbergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag eine Erklärung aller Mitglieder abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der während des gesamten Vergabeverfahrens sowie im Falle der Auftragserteilung über die gesamte Vertragslaufzeit bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Neben der gemeinschaftlichen Erklärung sind für jedes Mitgliedsunternehmen die in dem Vordruck zur Bewerbergemeinschaftserklärung (**Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 1.2) genannten Unterlagen vorzulegen.

Die Eignungsanforderungen können für die Bewerbergemeinschaft insgesamt abgegeben werden.

Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft dürfen sich ferner nur an einer Bewerbergemeinschaft beteiligen. Die Beteiligung an mehreren Bewerbergemeinschaften ist unzulässig. Im Falle der Zuwiderhandlung werden die betreffenden Bewerbergemeinschaften ausgeschlossen.

Der Auftraggeber wird ausnahmsweise von einem Angebotsausschluss absehen, wenn bei Angebotsabgabe plausible Gründe für die Doppelbeteiligung dargestellt werden und die betreffende Bewerbungsgemeinschaft (bzw. dann Bietergemeinschaft genannt) nachweist, dass ein Verstoß gegen den Grundsatz des Geheimwettbewerbs nicht vorliegt.

Bewerbungsgemeinschaften, die den Teilnahmewettbewerb bestehen, nehmen im Falle der Zulassung zur Angebotsphase I als Bietergemeinschaften am Wettbewerb teil.

12. Einsatz von Nachunternehmern (nicht eignungsleihend)

Beabsichtigt der Bewerber, Teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen – ohne sich zugleich auf deren wirtschaftliche und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit zu berufen – sind die hiervon betroffenen Auftrags-/Leistungsanteile – soweit dies im Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags bereits feststeht – im Teilnahmeantrag anzugeben und der/die Nachunternehmer zu benennen (**Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 2).

Für den benannten Nachunternehmer sind zudem die in dem vorbezeichneten Vordruck **Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 2) genannten Unterlagen vorzulegen.

Die nicht eignungsleihenden Nachunternehmer können auch während der Angebotsphase I und II noch benannt werden. Es ist dann **Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 2 inkl. der genannten Unterlagen einzureichen.

Eine Nachunternehmervergabe nach Vertragsschluss erfordert die vorherige Einwilligung des Auftraggebers.

Auf die Grundsätze der Einbindung von Nachunternehmen gemäß § 34 SektVO wird hingewiesen. Der Auftraggeber behält sich insbesondere vor, vor Zuschlagserteilung innerhalb einer vom Auftraggeber festgelegten Frist die Ersetzung eines Nachunternehmers zu verlangen, sofern hinsichtlich des Nachunternehmers ein zwingender Ausschlussgrund im Sinne des § 123 GWB oder ein fakultativer Ausschlussgrund im Sinne des § 124 GWB vorliegt.

Bei der Vergabe von Nachunternehmeraufträgen sind mittelständische Interessen durch den Hauptauftragnehmer vornehmlich zu berücksichtigen.

13. Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bewerber sich bei der Erfüllung dieses Auftrags gemäß § 47 SektVO im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen („Eignungsleihe“), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Teilnahmeantrag benennen und die dort genannten Unterlagen auch für das andere Unternehmen vorlegen. Er hat insbesondere den Namen und die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen

(**Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 4 und 5) dieser Unternehmen vorzulegen.

Ein anderes Unternehmen i.S.v. § 47 SektVO kann nicht nur ein selbständiges, von dem Bieter rechtlich verschiedenes Unternehmen (z.B. Nachunternehmen) sein. Hierunter sind auch konzernverbundene bzw. konzernangehörige Unternehmen zu verstehen.

Nimmt der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe nach § 47 SektVO die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben (**Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 5).

Der Bewerber kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (z.B. Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (vgl. § 47 Abs. 1 Satz 3 SektVO). Das bedeutet, dass das jeweilige Drittunternehmen als Nachunternehmer eingesetzt werden muss.

Der Bewerber hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

Im Übrigen wird auf § 47 SektVO verwiesen.

14. Eignung

Öffentliche Aufträge im Sektorenbereich werden an geeignete Unternehmen vergeben, die anhand objektiver Kriterien gemäß §§ 142 Nr. 1, 122 Abs. 1 und 2 GWB ausgewählt und nicht nach § 123 GWB oder § 124 GWB ausgeschlossen worden sind.

Mit dem Teilnahmeantrag ist die Eignung für die zu vergebende Leistung nachzuweisen. Bewerber haben die geforderten und nachfolgend aufgeführten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) zum Beleg ihrer Eignung und zum Beleg des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen (§§ 42 ff. SektVO). Die einzureichenden Unterlagen sind insbesondere auch der **Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)) zu entnehmen.

Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften können auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) als vorläufigen Nachweis vorlegen. Gelangt der Teilnahmeantrag in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung ins Deutsche beizufügen.

Der Auftraggeber legt folgende objektive Eignungskriterien fest:

14.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- **PL1:** Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bewerber ansässig ist (in nicht beglaubigter Kopie), sofern der Bewerber in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist.

Für den Fall der Nichteintragung:

Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bewerber: Oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen.

Der Nachweis kann in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Auftragsbekanntmachung nicht älter als zwölf (12) Monate sein.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 1.

- **PL2:** Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich.

Siehe **Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 3.1 (bzw. Vordruck 3.2).

- **PL3:** Eigenerklärung (Sanktionen Russland)

Siehe **Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 9.

14.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- **WL:** Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahren

Sofern ein Unternehmen erst innerhalb der letzten drei Jahre gegründet wurde und daher noch keine drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aufweist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung für die Zukunft unter Angabe der erwarteten Jahresumsätze vor.

Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):

Der Gesamtumsatz muss in EUR (netto) für jedes der letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre jeweils mindestens EUR 10.000.000,00 (netto) betragen.

Siehe **Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 6.

14.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- **TL1:** Darstellung der Referenzen

Angaben über die Ausführung einschlägiger und vergleichbarer Leistungen (Referenzen) in den letzten maximal fünfzehn (15) Jahren seit Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung.

Als vergleichbar gilt eine Referenz insbesondere dann, wenn es sich um Dienstleistungen handelt, die aufgrund von Größe und Komplexität Rückschlüsse auf die Eignung des Bewerbers zulassen.

Die Referenz muss mindestens folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Der Anbieter hat bereits PMC- oder OE-Unterstützung für ein Offshore-Projekt für eine Erdgasleitungs- oder ein Kabelprojekt durchgeführt.
- Minimum 3.000 Stunden oder Auftragsvolumen i.H.v. EUR 600.000 (netto).
- Mindestens drei (3) der nachfolgend aufgeführten Ingenieurbereiche/Fähigkeiten (Offshore) müssen von der Referenz erfasst sein:
 - Projektmanagement (Gas- Öl- oder Kabelprojekt)
 - QM bezüglich Risikobewertung (Gas-/Öl- oder Kabelprojekt)
 - HSE (Gas-/Öl- oder Kabelprojekt)
 - Genehmigungen (Gas-/Öl- oder Kabelprojekt)
 - Kampfmittelräumung, Archäologie, Ökologie (Gas-/Öl- oder Kabelprojekt)
 - Engineering (Gasprojekt)
 - Material Auslegung und Qualifizierung QA/QC (Gasprojekt)
 - Baggerarbeiten (Gasprojekt)
 - Rohrverlegung (Gasprojekt)
 - Koordination Dritter (Gas-/Öl- oder Kabelprojekt)
 - Vermessung, Geo Data Management (Gas-/Öl- oder Kabelprojekt)
 - Plattform-Engineering (Gasprojekt)

Die Referenz muss zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Referenztitel
2. Auftraggeber
(Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Forschung, Industrie, andere Sektoren) und eine Bestätigung, dass die Referenz mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar ist.)
3. Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten (z.B. E-Mail, Telefonnummer)
(Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Forschung, Industrie, andere Sektoren) und eine Bestätigung, dass die Referenz mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar ist.)
4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung
5. Angabe zur Durchführung einer PMC- oder OE-Unterstützung für ein Offshore Erdgasleitungs- oder Kabelprojekt
6. Angabe Stunden oder Auftragsvolumen in EUR (netto)
7. Angabe zu erfassten Ingenieurbereichen/Fähigkeiten (Offshore)
8. Ausführungszeitraum

Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):

Es sind mindestens zwei (2) besonders einschlägige (vergleichbare) Referenzen einzureichen.

Siehe **Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 7. Eine zusätzliche verständliche Beschreibung jeder Referenz wird erbeten (max. zwei (2) Seiten pro Referenz im DIN A4-Format, Schriftart: Arial, Schriftgröße 11, als PDF-Datei).

- **TL2:** Eigenerklärung der durchschnittlichen jährlichen Anzahl der Beschäftigten in den letzten drei (3) Jahren und Anzahl der durchschnittlichen jährlichen Anzahl der Beschäftigten in den letzten drei (3) Jahren bezogen auf folgende Leistungsbereiche:
 - Technische Fachkräfte, die über Kenntnis der Genehmigungsplanung und Koordinierung mit deutschen Behörden verfügen, um die Abnahme durch deutsche autorisierte Stellen sicherzustellen.
 - Technische Fachkräfte, die die Genehmigungsplanung und Koordinierung mit deutschen Behörden in fließender deutscher Sprache erbringen können.
 - Technische Fachkräfte, die die Dienstleistungen fließend in englischer Sprache erbringen können.

Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):

Die durchschnittliche jährliche Anzahl der Beschäftigten muss in den letzten drei (3) Jahren mindestens zwanzig (20) Personen betragen haben.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 8.

- **TL3:** Eigenerklärung zur Sicherstellung von Informationssicherheit

Die Eigenerklärung ist als zusammenfassende Eigenerklärung in Textform vorzulegen. Gesonderte Einzelnachweise sind nicht erforderlich; vorhandene Zertifikate oder sonstige einschlägige Nachweise können ergänzend beigefügt werden, ersetzen die Eigenerklärung jedoch nicht. Der Bewerber hat nachvollziehbar darzustellen, in welcher Weise die nachfolgenden Mindestanforderungen im Hinblick auf die für die Auftragsdurchführung eingesetzten Organisationseinheiten, Beschäftigten, IT-Systeme, Prozesse und Räumlichkeiten erfüllt werden. Jede Anforderung ist, soweit anwendbar, einzeln zu adressieren; nicht anwendbare Anforderungen sind kenntlich zu machen und kurz zu begründen. Eine abstrahierte oder zusammengefasste Darstellung ist zulässig.

- **Physische Sicherheit:**

Es muss ein Verfahren etabliert sein, welches die Betreuung von Besuchern regelt, um unberechtigten Zugang zu Gebäuden/Informationen/Systemen zu verhindern. Räume mit zentralem IT-Equipment müssen gegen unbefugten Zutritt und physikalische Eingriffe geschützt sein. Der Zutritt zu den Rechenzentren- bzw. Serverräumen muss auf einen autorisierten Personenkreis beschränkt sein.

- Informationssicherheitsprozesse:
Alle Mitarbeiter müssen mit den Prozessen und ggf. bestehenden Richtlinien zur Informationssicherheit des Auftragnehmers hinreichend vertraut sein. Es muss sichergestellt werden, dass kommunizierte Informationssicherheitsanforderungen der AquaDuctus Pipeline GmbH allen relevanten Mitarbeitern bekannt gemacht und eingehalten werden. Prozesse zur Reaktion auf Sicherheitsvorfälle müssen definiert und etabliert sein.
- Betriebsprozesse:
Werden Betriebs- und Geschäftsprozesse durch den Bewerber an ein anderes Unternehmen ausgelagert, muss der Bewerber regelmäßig prüfen, dass diese dritte Partei die definierten Sicherheitsanforderungen des Bewerbers einhält.
- Systemhärtung und Zugriffsschutz:
Eine Sicherheitshärtung für eingesetzte Systeme muss stattfinden (u.a. Installation nach Minimalprinzip, Zugriff auf administrative Schnittstellen nur für Administratoren, Deaktivierung nicht benötigter Ports, Ändern von Initial- und Standardpasswörtern). Kennwortrichtlinien müssen in Kraft sein, die die Komplexität, ggf. die Änderungsintervalle und das Zurücksetzen von Kennwörtern vorgeben. Eine sichere Verwaltung von Zugangsdaten muss umgesetzt werden, sodass kein unberechtigter Zugriff auf diese erfolgen kann.
- Antivirus, Patch- und Schwachstellenmanagement:
Eine Antiviren-Software muss auf den Systemen vorhanden sein und automatisiert aktualisiert werden, sodass bei Abweichungen oder bei Verdachtsfällen alarmiert wird. Ein ausbleibender Einsatz kann nur aufgrund einer begründbaren technischen Inkompatibilität akzeptiert werden. Systeme bzw. Softwarekomponenten müssen regelmäßig und möglichst zeitnah aktualisiert werden (Patch Management). Die eingesetzten Produkte und Systeme müssen einer kontinuierlichen Prüfung auf Schwachstellen und einer Behebung dieser unterzogen werden (Vulnerability Management). Prozesse für eine zügige Behebung von Fehlern und/oder Sicherheitslücken müssen implementiert sein (z.B. Bugfix, Emergency Change Prozesse).
- Kommunikationssicherheit:
Ein definiertes Sicherheitskonzept inkl. technischer Schutzmaßnahmen für die Netzwerksicherheit müssen vorhanden sein (Netzwerksegmentierung, Schutz erreichbarer Schnittstellen, Einsatz von Verschlüsselung, Firewallsysteme). Es muss sichergestellt sein, dass aus dem Internet erreichbare administrative Zugänge zu IT-Systemen oder XaaS-Diensten angemessen abgesichert werden (min. sichere Authentifizierung mit Multi-Faktor Authentifizierung). Vertrauliche Authentisierungsmerkmale und -daten müssen bei der Übertragung durch Kommunikations- und Verschlüsselungsmethoden geschützt werden, die nach dem aktuellen Stand der Technik als sicher gelten. Alle Verbindungen zwischen der AquaDuctus Pipeline GmbH und dem Dienstleister müssen mindestens transportverschlüsselt erfolgen. Vorgaben der AquaDuctus Pipeline GmbH für zusätzliche Inhaltsverschlüsselung für die Übertragung von vertraulichen Informationen müssen umgesetzt werden.
- Datensicherheit und operationelle Sicherheit:
Es muss sichergestellt sein, dass mittels eines Zugriffskontrollkonzepts inkl. technischem Enforcement nur autorisierte Personen Zugriff auf AquaDuctus-Daten erhalten.

Es muss sichergestellt werden, dass AquaDuctus-Daten von anderen Kundendaten getrennt werden. Daten oder die diese speichernden Datenträger oder Sicherungsmedien müssen verschlüsselt und angemessen vor unberechtigtem Zugriff geschützt sein, wenn sie die Räumlichkeiten oder das Rechenzentrum verlassen. Es müssen Regelungen zur sicheren Löschung der Kundendaten existieren. Regelungen zur Entsorgung und Zerstörung von Datenträgern müssen etabliert sein, um eine Wiederherstellung von Informationswerten der AquaDuctus Pipeline GmbH durch unberechtigte Dritte zu verhindern. Diese müssen sich an etablierten Standards wie dem BSI-Baustein "CON.6" in aktueller Fassung orientieren. Es muss sichergestellt werden, dass die AquaDuctus Pipeline GmbH unverzüglich informiert wird, wenn es zu Datenpannen oder zum Abfluss jeglicher AquaDuctus-Informationen kommen sollte.

Der Nachweis bzw. die Eigenerklärung kann als (nicht beglaubigte) Fotokopie/Scan (PDF) eingereicht werden, muss jedoch deutlich lesbar und in deutscher Sprache formuliert sein. Die Erklärung darf (max. 15 Seiten im DIN A4-Format, Schriftart: Arial, Schriftgröße 11, als PDF-Datei) nicht überschreiten.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 2.

15. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Dabei ist der Angebotspreis nicht allein entscheidend. Die Wirtschaftlichkeit wird anhand der in der **Anlage A.3** (Wertungsmatrix (Angebote)) dargestellten Zuschlagskriterien bestimmt.

16. Geheimhaltung

Sektorenauftraggeber dürfen nach § 5 Abs. 1 SektVO keine von den Unternehmen übermittelten und von diesen als vertraulich gekennzeichneten Informationen weitergeben. Dazu gehören insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und die vertraulichen Aspekte der eingereichten Dokumente. Ausdrücklich zulässig ist die Weitergabe von Informationen an Berater des Auftraggebers, die von Berufs wegen zur Vertraulichkeit verpflichtet sind (Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und externe Rechtsanwälte).

Der Bewerber wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen.

Geschieht dies nicht, können die Vergabestelle und die Rechtsbehelfsinstanz im Falle eines Rechtsbehelfsverfahrens von seiner Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z.B. andere Bieter) ausgehen.

Bei der gesamten Kommunikation sowie beim Austausch und der Speicherung von Informationen gewährleistet der Sektorenauftraggeber die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der

Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen. Die Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen sowie die Dokumentation über deren Öffnung, Prüfung und Wertung werden auch nach dem Abschluss des Vergabeverfahrens vertraulich behandelt.

Im Gegenzug verpflichten sich die an dem Vergabeverfahren beteiligten Unternehmen, keine vom Auftraggeber übermittelten Dokumente und Informationen an Dritte weiterzuleiten und sämtliche erhaltene Dokumente und Informationen vertraulich zu behandeln.

Die Vergabestelle erhält – unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Bewerbers – sämtliche Rechte an den eingereichten Unterlagen (Eigentumsrecht an den Unterlagen). Der Bewerber stimmt mit der Abgabe seines Teilnahmeantrags diesem Rechtsübergang zu.

17. Rügeobliegenheiten

Die Vergabeunterlagen müssen nach Erhalt/Download durch die interessierten Unternehmen auf Vollständigkeit und Lesbarkeit geprüft werden. Enthalten die Auftragsbekanntmachung, die Vergabeunterlagen oder die den Bewerbern/Bietern mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstigen Informationen Unklarheiten oder verstoßen diese gegen geltendes Recht, so trifft die Bewerber/Bieter die Obliegenheit, die Vergabestelle unverzüglich darauf hinzuweisen. Anderenfalls können sie sich auf die Unklarheiten oder die Rechtsverstöße nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten haben die Bewerber/Bieter als von ihnen zu tragende Risiken in ihre Angebote einzukalkulieren.

Etwaige Verfahrensrügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen. Auf die Rügeobliegenheiten der Bewerber nach § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Außerdem weist die Vergabestelle ausdrücklich auf die Rechtsbehelfsfrist des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB hin. Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

§ 160 GWB lautet:

§ 160 GWB Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. 2Ein Unternehmen ist nicht antragsbefugt, soweit es sich auf die Unwirksamkeit einer Rechtsverordnung nach § 5 des Bundestariftreuegesetzes beruft, wenn die Unwirksamkeit dieser Rechtsverordnung nicht durch rechtskräftigen Beschluss nach § 98 Absatz 4 Satz 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes festgestellt ist. 3Das Unternehmen hat darzulegen, dass ihm durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1.der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. 3§ 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

18. Nachprüfung

Nach § 160 Abs. 2 GWB ist jedes Unternehmen befugt, einen Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen, dass ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Bewerber/Bieter können sich zur Nachprüfung behaupteter Verstöße an folgende Stelle wenden:

Vergabekammer des Bundes
Villemombler Straße 76
53123 Bonn
Fax: +49 228 9499 163
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 228 9499 0

19. Ergänzende Bestimmung

19.1 Nachforderung

Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach § 51 Abs. 2 SektVO nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind von dem betroffenen Bewerber/Bieter innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist vorzulegen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

19.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen haben betroffene Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art sie wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden sind.

19.3 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

19.4 Entschädigung

Eine Erstattung von Kosten/Aufwendungen bzw. eine Entschädigung für die Teilnahme an dem Vergabeverfahren wird nicht gewährt.

19.5 Aufhebung des Verfahrens

Insbesondere für den Fall, dass keine den Anforderungen des Auftraggebers entsprechenden Teilnahmeanträge oder Angebote fristgerecht eingehen, eine grundlegende Änderung der Vergabeunterlagen erforderlich wird oder andere schwerwiegende Gründe bestehen, bleibt die Aufhebung des Verfahrens vorbehalten (§ 57 SektVO). Die Vergabestelle wird die Bieter im Falle einer Aufhebung des Verfahrens unter Angabe der Gründe, gegebenenfalls über die Absicht, ein neues Vergabeverfahren einzuleiten, unverzüglich unterrichten.

19.6 Einverständnis des Bewerbers

Mit der Abgabe eines Teilnahmeantrags erklärt sich der betreffende Bewerber mit allen Bestandteilen der vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden.

Der Bewerber sichert durch seine Beteiligung am Verfahren zu, dass für die Verarbeitung der in seinem Teilnahmeantrag und/oder seinem Angebot enthaltenen personenbezogenen Daten in Zusammenhang mit diesem Verfahren und der Vertragserfüllung die erforderliche Einwilligung der Betroffenen vorliegt. Eingetragen werden Name, Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail und Ansprechpartner. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht. Siehe insoweit die Hinweise zum Datenschutz (**Anlage A.5** (Hinweise zum Datenschutz)).

19.7 Rücknahme von Teilnahmeanträgen

Eine Rücknahme von bereits abgegebenen Teilnahmeanträgen/Angeboten ist bis zum Ablauf der Teilnahmefrist/Angebotsfrist durch Erklärung in Textform gemäß § 126b BGB möglich. Bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge/Angebote kann dann ein neuer Teilnahmeantrag/neues Angebot eingereicht werden.

19.8 Wettbewerbsregisterauszug

Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor Zuschlagserteilung eine Abfrage im Wettbewerbsregister gemäß § 6 Abs. 1 WRegG vornehmen.
